

Regierungschefs belügen Völker

Das Aktionsbündnis gegen den EURO-Rettungswahnsinn verurteilt die gestrigen Beschlüsse des EU-Gipfels als Lügen. Real führen die Beschlüsse zu einer Ausweitung der Verschuldung der Krisenländer, Erhöhung der Haftung der Kernländer und nimmt allen gemeinsam jede Chance auf eine tragfähige und lebenswerte Zukunft. Einzige Profiteure der Beschlüsse sind die Banken, Zentralbanken und etablierten Parteien, die unter Vernichtung der wirtschaftlichen Basis der Völker noch ein paar Monate länger ihre Lügengebäude aufrecht erhalten können.

Stuttgart, 22. Juli 2011. Der gestrige Tag und die heutige Medienberichterstattung sind beängstigend. Während in Wirklichkeit die EU-Regierungschefs eine Explosion der Verschuldung beschlossen haben, wird gegenüber der Öffentlichkeit eine tragfähige Lösung der Eurokrise vorgegaukelt.

Die Beschlüsse der EU führen real dazu, dass unmittelbar Griechenland, mittelbar Irland, Portugal und in Kürze Spanien und Italien letztlich durch die EU (genauer: den EFSF) finanziert werden müssen. Diese Finanzierung durch den EFSF bedeutet aber eine Finanzierung durch die Kernländer der Eurozone, zuvorderst Deutschland. Das heißt in Klartext: Deutschland wird ab sofort die aufgeblähten, hoch defizitären Staaten der Peripherie finanzieren.

Verschärft wird diese Aussage dadurch, dass Frankreich - entsprechend seiner Bewertung an den Kreditmärkten für Kreditausfallversicherungen - real bereits heute als so genannter AAA-Bürge höchster Bonität ausfällt. Das heißt, Deutschland ist real bereits heute der nahezu alleinige AAA-Garant für eine gewaltige Blase von Verschuldungen und Bürgschaften, die durch die gestrigen Beschlüsse noch sehr viel größer werden wird.

Die Folgen dieser Politik sind verheerend für die Völker Europas, denn die produktiven Teile der Volkswirtschaften werden mit dramatisch ansteigenden Lasten für Zins, Zinseszins und

Tilgung konfrontiert. Die gewerblichen Kerne der Volkswirtschaften werden diese exponentiell ansteigende Last nicht tragen können und folglich - wie bereits in Griechenland und anderen Ländern geschehen - kollabieren. Mit diesem absehbaren Zusammenbruch der wirtschaftlichen Basis wird die EU im Außenverhältnis stark an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren. Über diesen Bedeutungsverlust hinaus zerstören die Beschlüsse der EU-Regierungschef die wirtschaftliche Basis von Millionen Menschen auf Generationen hinaus.

Deutschland wird in diesem Strudel ebenso untergehen wie die anderen Mitgliedsstaaten der Eurozone. Der Euro ist ein Band des wirtschaftlichen Todes. Deutschland hält sich dabei zwar im Moment noch über Wasser, indem es volkswirtschaftlich mit seinem Export die noch schwächeren Länder der Peripherie noch weiter nach unten drückt. Doch diese Strategie ist ebenso unmoralisch wie zum Scheitern verurteilt. Um dieser Todesspirale zu entkommen, ist eine Auflösung der Eurozone notwendig. Nur dadurch werden die Völker und Nationen in die Lage versetzt, schnell und effizient ihre wirtschaftlichen und in der Folge staatlichen Strukturen wieder aufzubauen.

Weitere Informationen: <http://www.eurodemostuttgart.wordpress.com>

V.i.S.d.P.:

Dr. Bernhard Seitz

Aktionsbündnis Direkte Demokratie - Gegen den EURO-Rettungswahnsinn

Badbrunnenstr. 28

70374 Stuttgart

e-mail: bernhard-seitz@web.de